



Seit vier Jahren wirkt die Linksfraktion im Bundestag und hat Themen, wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und eines Schutzschirms für Menschen gegen die kapitalistische Krise auf die Tagesordnung gesetzt. Aber nicht nur im Parlament ist die Bundestagsfraktion aktiv, sondern auch auf der Straße. Hier bei der Demonstration der 100.000 im Mai, zu der die Gewerkschaften aufgerufen hatten.

## In dieser Ausgabe:

### 4 1939: Gegen Krieg.

Die Neuköllner LINKE erinnert an Heinz Kapelle und seine Widerstandsgruppe.

### 6 Gemeinsam gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus.

Bericht von der Kundgebung vor dem Rathaus Neukölln.

## Gewerkschafter: „Wir wählen links!“

Innerhalb weniger Tage haben bereits mehr als 600 Gewerkschafter/-innen den Wahlauftrag unterzeichnet: Für eine soziale Alternative gegen die kapitalistische Krise!

Im Aufruf begründen sie: Nur eine starke LINKE kann gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Druck entwickeln, um die Belastungen und Sozialstaatsdemontage zu verhindern. DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen Richtungswechsel will, eine soziale Alternative zum Kapitalismus: Schutz der Arbeitsplätze, zwei Millionen neue tariflich geregelte Arbeitsplätze, höhere Löhne, Stärkung des Sozialstaats, Reiche und Profiteure zur Kasse.

Informationen und Online-Unterschriften:  
[www.wir-waehlen-links.de](http://www.wir-waehlen-links.de)

# DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

# Steinmeier völlig ungläubwürdig

**Was die SPD in elf Jahren Regierungsverantwortung nicht geschafft hat, verspricht sie jetzt: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Seit elf Jahren stellt sie den Arbeitsminister. Das Ergebnis: Prognosen gehen im nächsten Jahr von über fünf Millionen Arbeitslosen aus. Da ist der „Deutschland-Plan“ der SPD so glaubwürdig wie die Aussage zur Mehrwertsteuererhöhung im Wahlkampf 2005.**

Die SPD hat in ihren Regierungsjahren Leiharbeit salonfähig gemacht, mit Hartz IV Armut per Gesetz beschlossen. „Hartz IV“ könnte auch „Steinmeier IV“ heißen, denn der jetzige SPD-Kanzlerkandidat war bei Schröder der Architekt dieser Armuts Gesetze. Die Rentenformel wurde bis zur Unkenntlichkeit zerstört und den Finanzhasardeuren Tür und Tor geöffnet. Rente erst ab 67, das bedeutet für viele, die ihr Leben lang gearbeitet haben, Altersarmut. (Lesen Sie zu diesem Thema das Interview mit dem Neuköllner Bundestagskandidaten Ruben Lehnert auf Seite 3.) Warum ausgerechnet diese SPD, die die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland auf die Spitze getrieben hat, nun die politische Zukunftshoffnung sein soll, wird Steinmeiers Geheimnis bleiben.

Zukunftsfähige Arbeitsplätze müssen und können im sozialen und ökologischen Bereich geschaffen werden. Notwendig dafür ist ein Zu-

kunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende, wie es DIE LINKE vorgeschlagen hat. Aber, der einzige Sektor, in dem Politik wirklich direkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen Einfluss nehmen kann, bleibt in Steinmeiers Wolkenkuckucksheim unberücksichtigt. Nur DIE LINKE will eine Million Stellen im öffentlichen Sektor schaffen, seriös finanziert durch Börsenumsatzsteuer, Millionärssteuer und höheren Spitzensteuersatz für Bestverdiener.

Zum Monatsbeginn hat DIE LINKE im Rahmen der Kampagne „Schutzschirm für Menschen“ rund 50 Aktionen in ganz Deutschland

**„Hartz IV könnte auch Steinmeier IV heißen, denn der jetzige SPD-Kanzlerkandidat war bei Schröder der Architekt dieser Armuts-Gesetze.“**

organisiert, auch in der Neuköllner Karl-Marx-Straße. Vor JobCentern, Arbeitsagenturen und krisengeschüttelten Betrieben forderten die Aktivistinnen und Aktivisten mit Blick auf die Bundestagswahl die Einführung einer Millionärssteuer statt einer Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Im Übrigen: 2002 hat die SPD schon einmal im Wahlkampf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bis 2010 versprochen. Wer etwas ändern will, muss selbst aktiv werden. Sonst gibt es Veränderungen erst am St.-Nimmerleins-Tag.

# Friedensbewegung: Afghanistan als Prüfstein

**Afghanistan-Krieg: Die Ablehnung wächst. Eine stetig wachsende Mehrheit der deutschen Bevölkerung will das Ende des Krieges am Hindukusch.**

Ungeachtet dessen haben Bundesregierung und das Gros der Parlamentarier acht Jahre lang den Einsatz der Bundeswehr immer wieder neu beschlossen und ausgeweitet, heißt es in einem Aufruf der Friedensbewegung zur Bundestagswahl. Verteidigungsminister Franz Josef Jung nenne den Auftrag der Bundeswehr in Afghanistan „Stabilisierungs-

und Kampfeinsatz“. „Wir nennen es: Krieg!“, erklärt die Friedensbewegung. „Die Bundesregierung möchte den Krieg in Afghanistan aus dem Wahlkampf heraushalten. Wir wollen, dass Sie bei Ihrer Entscheidung zur Bundestagswahl ein Ende des Krieges in Afghanistan bedenken.“

Die Spirale der Gewalt müsse durchbrochen werden, fordert die Friedensbewegung. Experten wären sich darin einig, dass die Besatzungstruppen nicht die Lösung, sondern Teil des Problems seien. Der Truppenabzug sei „unabdingbare Voraussetzung für die Beendigung der bewaffneten Kämpfe und für eine friedlichere und selbstbestimmte Entwicklung in Afghanistan.“



Foto: KDH

## 1.000.000 Besucher im Job-Point Neukölln

**„Eine Million Arbeitsuchende im Job-Point sind kein Grund zum Feiern.“**

Das sagt Ruben Lehnert, Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis Neukölln, mit Blick auf die Party, die Ende Juli mit Sekt und Riesentorte im Job-Point in der Neuköllner Karl-Marx-Straße stattfand. Anlass: der einmillionste Besucher. Rund 31.000 von ihnen fanden in den letzten sieben Jahren durch den Job-Point eine neue Stelle. Das sind etwas mehr als drei Prozent. „Ich will lieber eine Million Arbeitsplatzfinder feiern, als eine Million Arbeitssuchende. Wenn der Job-Point den einmillionsten Arbeitsplatz vermittelt, backe ich selbst die Marzipantorte für die Feier“, verspricht Lehnert.

## MAL RICHTIG ABSCHALTEN!



## LINKE ist dabei, wenn die Trecker kommen

**Der Anti-Atom-Treck aus dem Wendland wird zur bundesweiten Großdemo am 5. September Berlin erreichen.**

Die Bäuerliche Notgemeinschaft und die BI Umweltschutz aus Lüchow-Danzenberg tuckern ab dem 29. August Richtung Berlin. DIE LINKE unterstützt die Aktion der Atomkraftgegner und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf.

Bereits am Donnerstag, 27. August, lädt die Neuköllner Basisorganisation Rixdorf der LINKEN um 19.00 Uhr zur Diskussion ein. Ort: Richardplatz 16. Thema: Atompolitik in Deutschland.

## Mangelernährung bei Hartz IV

**Mit dem Start einer Kampagne gegen Mangelernährung bei Hartz IV ruft ein Bündnis dazu auf, sich für die sofortige Erhöhung des Eckregelsatz auf 500 Euro einzusetzen.**

Im derzeitigen Satz von 359 Euro monatlich ist für Ernährung und nicht-alkoholische Getränke täglich ein Betrag von 3,94 Euro vorgesehen. „Das reicht allenfalls für 1.580 kcal täglich. Ein erwachsener Mensch benötigt aber bei gesunder Ernährung und ausreichender Bewegung täglich 2.550 kcal. Wer sich gesund ernähren möchte, muss somit ab dem 20. eines jeden Monats seine Ernährung einstellen oder er verzichtet auf alles andere“, so Martin Behring vom Erwerbslosen Forum Deutschland.

## Praxisseminar gegen rechtsradikale Parolen

**Wirtschaftskrise, ärmer werdende Kommunen und Sozialabbau sind Themen, die die Partei DIE LINKE herausfordern. Und die NPD? Sie und andere rechte Strukturen versuchen, diese und andere Themen nationalistisch zu besetzen und nutzen sie für ihre rassistische Hetze.**

So werden Wahlkämpfer/-innen nicht selten an Infoständen, bei Veranstaltungen oder auch beim Verteilen von Zeitungen mit Argumenten der Rechten konfrontiert. Um hierbei eine Hilfestellung anzubieten, lädt die LAG Antifaschismus zu einer mehrstündigen praxisorientierten Weiterbildungsveranstaltung ein, welche von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) durchgeführt werden wird.

Zum einen soll das Seminar dabei helfen, die rassistischen, antisemitischen und völkischen Positionen der NPD in ihren Flugblättern und sonstigen Schriften zu entlarven. Zum anderen werden Argumentations- und Gesprächstechniken vermittelt, die helfen sollen, den Umgang mit Rechtsradikal(-orientiert)en an Info- und Wahlkampfständen zu meistern. Dabei ist explizit keine antifaschistische „Vorbildung“ vonnöten. Das Angebot richtet sich an engagierte Mitglieder und Sympathisant/-innen der LINKEN, soll jedoch kein Treffen für Spezialist/-innen darstellen.

Die Weiterbildungsveranstaltung findet am Freitag, dem 4. September, von 15.00 bis 20.30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN in Pankow (Kopenhagener Str. 76, Prenzlauer Berg) statt.

Anmeldung bitte unter [praxisseminar0409@web.de](mailto:praxisseminar0409@web.de).

LAG Antifaschismus

**Die kostenlose Hartz-IV-Beratung in den Räumen der LINKEN** am Richardplatz 16 wird in den Sommermonaten (bis zu den Bundestagswahlen) nach persönlicher Vereinbarung angeboten.

Kontakt über:

Franziska Lorenz-Hoffmann,

Telefon: 030-53084626,

E-Mail: [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)

# „Wir wollen Altersarmut verhindern“

Die Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen hat die gesetzliche Rente in ein Desaster geführt. Selbst Verfechter der Privatisierung der Altersvorsorge wie Prof. Raffelhüschen müssen einräumen, dass 44 Prozent der Deutschen selbst mit Riester-Rente Altersarmut droht. Die Debatte um die Zukunft der Rente hat in diesem Sommer an Schärfe zugenommen. „Neu-Köllnisch“ sprach mit dem Neuköllner Bundestagskandidaten Ruben Lehnert über die Rentenpolitik der LINKEN.

In der vorerst letzten Sitzung vor der Sommerpause am 3. Juli 2009 hat DIE LINKE im Deutsche Bundestag erneut beantragt, die „Rente ab 67“ abzuschaffen. Welche Gründe sprechen gegen dieses Gesetz?

**Ruben Lehnert:** Dieses Gesetz kürzt die Rente der meisten Menschen und führt zu steigender Altersarmut. Bereits heute gehen nur wenige Menschen mit 65 Jahren direkt vom Arbeitsplatz in den Ruhestand. Wer vorher in Rente geht, büßt für jedes vorzeitige Jahr 3,6 Prozent seiner Rente ein. Die „Rente ab 67“ verschärft dieses Problem: Wer vorgezogen in den Ruhestand geht, muss auf bis zu 14,4 Prozent der Rente verzichten.

Welche Alternative zur „Rente ab 67“ schlägt DIE LINKE vor?

**Ruben Lehnert:** Anstatt das Renteneintrittsalter anzuheben, fordern wir flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Außerdem wollen wir die geförderte Altersteilzeit fortführen und die Möglichkeiten der Erwerbsminderungsrente verbessern.

Aber Arbeitsmarktexperten meinen, die Situation für älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessere sich ständig ...

**Ruben Lehnert:** ... solche Aussagen sind Quatsch. Die Bundesregierung rechnet damit, dass die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr auf



Foto: DIE LINKE

Ruben Lehnert kandidiert am 27. September im Wahlkreis Berlin-Neukölln zum Bundestag. Der 30-jährige Politikwissenschaftler ist besonders engagiert, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht.

bis zu fünf Millionen klettert. Wer angesichts dieser Entwicklung behauptet, die Chancen älterer Arbeitsloser, einen Arbeitsplatz zu finden, würden stetig steigen, hat keine Ahnung von dieser Welt.

CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen haben den Antrag der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

**Ruben Lehnert:** Diese Parteien schießen seit Jahren die Gesetzliche Rentenversicherung sturmreif. Sie haben die Privatisierung der Al-

**„Wir wollen die Bundestagswahl am 27. September zu einer Volksabstimmung über die „Rente ab 67“ machen.“**

tersicherung vorangetrieben, wovon vor allem die Versicherungskonzerne profitieren. Besonders die SPD hat sich schändlich verhalten.

Inwiefern?

**Ruben Lehnert:** Die „Rente ab 67“ wurde im Jahr 2006 vom damaligen Arbeitsminister und aktuellem SPD-Vorsitzenden Müntefering gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgepeitscht. Er hält noch immer an diesem arbeitnehmerfeindlichen Gesetz fest und macht sich zum Totengräber der Gesetzlichen Rentenversicherung. Auch der heutige Arbeitsminister Scholz (SPD) ist ein Überzeugungstäter.

Was passiert in der Rentenpolitik nach der Wahl im September?

**Ruben Lehnert:** Es droht ein soziales Massaker. Schon heute fordern einige FDPler, Rentnerinnen und Rentner mit einem Solidarbeitrag für die Kosten der Bankenrettungen aufkommen zu lassen. Auch Politiker von CDU und SPD unterstützen diesen Plan. Sie wollen, dass diejenigen, die durch Spekulation Milliarden Euro geschneidelt haben, ungeschoren davonkommen, und die Rentnerinnen und Rentner, die diese Krise nicht verursacht haben, ihre Rechnungen bezahlen.

Wie sieht eine sozial gerechte Rentenpolitik aus?

**Ruben Lehnert:** Unser oberstes Ziel heißt: Altersarmut verhindern. Kein Mensch soll im Alter weniger als 800 Euro aus Rente oder Grundsicherung erhalten. Die Gesetzliche Rentenversicherung muss den Lebensstandard im Alter garantieren können. Deshalb wollen wir sie zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen, in die auch Selbständige, Beamte und Politikerinnen einzahlen müssen. Das bringt zusätzliche Einnahmen, die anschließend gerechter verteilt werden können. In einem ersten Schritt wollen wir die Bundestagswahl am 27. September zu einer Volksabstimmung über die „Rente ab 67“ machen.



Und so sieht der Karikaturist Klaus Stuttmann die Rentenpolitik der SPD.



# 1939: Gegen Krieg

Im Kreis um Heinz Kapelle waren junge Leute, die aus unterschiedlichen Organisationen der Weimarer Zeit kamen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter sowie einige, die zuvor keiner Organisation angehört hatten.

Nach dem Überfall auf Polen nahmen die Debatten zu. Einige meinten, damit schaufelten sich die Nazis ihr eigenes Grab, weil das mit Polen verbündete Frankreich und England eingreifen würden. Andere traten dafür ein, selber aktiv zu werden und hier zum Widerstand aufzurufen. Am Ende stand eine mutige Aktion. Es wurden 5.000 Flugblätter illegal in der Druckerei, in der Heinz Kapelle arbeitet, gedruckt und verbreitet. Am 10. Oktober 1939 konnte an Litfasssäulen gelesen werden: „Ich rufe die Jugend der Welt. Es ist noch gar nicht so lange her, als diese Worte aus dem Olympia-Stadion verklungen sind. Junge Berliner und junge Berlinerinnen, gedenkt Ihr noch des ehrlichen und sportlichen Wettkampfes mit jungen Engländern, Franzosen, Polen und vielen Anderen? ... Diese, unsere jungen, lachenden Sportsfreunde, Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge sollen plötzlich allesamt unsere verhasstesten Feinde sein? ... Jetzt hat der Führer das deutsche Volk und die deutsche Jugend auf den Weg gebracht, der zur Katastrophe führt. Hitler will das Blut der deutschen Nation opfern wegen der Machtgier der

wenigen großdeutschen Großkapitalisten. ... Berliner Jugend wehre dich und empöre dich! ... Berliner Mädels! Auf Euch kommt es an. Weigert Euch Munition herzustellen! Je schneller Ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg! ...“

Die Gestapo setzte alle Kräfte ein. Bis zum 19. Oktober 1939 hatte sie fünf Mitglieder der Gruppe verhaftet: Heinz Kapelle, Erich und Elli Ziegler, Kurt Düttchen, Hans Großmann. Später auch noch Kurt Ende. Am 20. Februar 1941 begann der Prozess gegen Heinz Kapelle und seine Freunde. Über 16 Monate hatte die Gestapo gebraucht, um ihn vorzubereiten. Die Namen weiterer Gruppenmitglieder hatte sie trotz Folter nicht erfahren. Heinz Kapelle wurde zum Tode verurteilt und am 1. Juli 1941 hingerichtet, die anderen bekamen lebenslange oder langjährige Zuchthausstrafen. Damit war aber der Widerstand Neuköllner Jugendlicher nicht beendet. Andere, so die Gruppe um Hanno Günther und die Rütli-Schüler, wirkten weiter gegen Krieg und Faschismus.

Seit Ende 2000 erinnert im Rathaus Neukölln ein Gedenkort an den Widerstand. Anstelle einer traditionellen Gedenktafel wurde ein Computer-Terminal mit einer Multimedia installiert. Widerständiges Handeln wird nachvollziehbar. Auch das Leben und der Kampf der Gruppe junger Neuköllner um Heinz Kapelle.

**Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen der Zweite Weltkrieg. In Neukölln setzten sich junge Leute zusammen, um dagegen zu protestieren und zum Widerstand aufzurufen. Die Neuköllner LINKEN erinnern an den mutigen Kampf der Gruppe um den Buchdrucker Heinz Kapelle und den antifaschistischen Widerstand.**

*Gestapo-Berichte geben Einblick, was die Nazis über Heinz Kapelle (Bild oben) und seine Widerstandsgruppe wussten.*

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeistelle Berlin  
Stapo B 1 - K.2693/39

Berlin, den 17. März 1941

Eilt sehr !!!  
\*\*\*\*\*

Vrschriftlich mit 3 Lichtbildern  
dem Reichssicherheitshauptamt  
- IV A 1 -

Berlin SW 11  
- - - - -  
Prinz-Albrecht-Str. 8

zurückgesandt.

Der am 20.2.1941 vom II. Senat des Volksgerichtshofes wegen landesverräterischer Begünstigung des Feindes in Verbindung mit Vorbereitung zum Hochverrat zur Todesstrafe und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilte  
Buchdrucker Heinz Kapelle,  
am 17.9.1913 in Berlin geboren,  
war von 1932 bis zur Auflösung Mitglied der "Fichte"-Sportvereinigung. Einer politischen Partei hat K. angeblich nicht angehört. Gewerkschaftlich war er bis zur Gleichschaltung im Deutschen Buchdruckerverband organisiert.

Im Elternhause ist K. christlich und völlig unpolitisch erogen worden. Sein Vater gehörte keiner politischen Partei an und hat sich auch niemals politisch betätigt. Die Mutter verstarb im Jahre 1919. Seine weitere Erziehung erfolgte durch die Grossmutter.

Im Jahre 1934 wurde Kapelle vom Kammergericht Berlin vom Akzt.: O.J.302/34 wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Entlassung aus der Straftat fand er teils in seinem Beruf, teils in anderen Branchen Arbeit. Vom Juni 1938 ab war er bei der Druckerei Albin Zeh in Berlin N 54, Schönhauser Allee 9a, als Drucker mit einem Wochenlohn von RM 57.- beschäftigt. 1936 wurde er gemustert, jedoch wegen seiner Vorstrafe von Wehrdienst ausgeschlossen. Eine wiederholte freiwillige Meldung blieb erfolglos. 1936 trat der Verurteilte in DAF bei.

In dem im Jahre 1934 beim Kammergericht Berlin durchgeführten Verfahren wurde K. der Verbreitung illegaler kommunistischer Schriften überführt. Als sein Auftraggeber trat schon damals, ohne ermittelt zu werden, ein in der illegalen kommunistischen Jugendorganisation stehender höherer Funktionär mit Deck- oder Vornamen "Fritz", den K. bereits während seiner Zugehörigkeit zur "Fichte"-Sportvereinigung kennengelernt hatte, in Erscheinung. Mit diesem Funktionär stand Kapelle seit Anfang 1939 erneut in enger Verbindung. Er wurde von "Fritz" laufend mit zentralem und örtlichem Schriftensmaterial in erheblichen Mengen beliefert, das K. zur Verbreitung weitergab. Darüber hinaus hat Kapelle im Oktober 1939 auf seiner damaligen Arbeitsstelle die Druckschrift "Kolonien, die neue Kriegsparole Hitlers!" in einer Auflage von 700 Exemplaren gemeinsam mit einem Mittäter hergestellt und die Gesamtauflage nach Fertigstellung zur Verbreitung weitergegeben.

Zu einem restlosen Geständnis seiner gesamten illegalen Betätigung war der Verurteilte trotz grösster Bemühungen nicht zu bewegen. Er ist ein fanatischer und überzeugter Kommunist, der seine Handlungsweise nicht bereut. Den erwähnten Funktionär "Fritz" hat er nicht preisgegeben, so dass dieser mangels weiterer Anhaltspunkte bisher nicht ermittelt werden konnte.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des K. waren durchaus geordnet. Er ist ledig und wohnte bis zu seiner Festnahme in Untermiete. In seiner damaligen Wohngegend konnte Nachteiliges über seinen Ruf nicht in Erfahrung gebracht werden. An den Spenden des Winterhilfswerkes hat er sich nicht beteiligt.

Nach eingehender Prüfung der Sachlage kann ich einen Gnadenersuch für Kapelle nicht befürworten.

Drei Lichtbilder des Verurteilten sind anliegend beigelegt.

*H. H. Thoma*

# Mit den LINKEN aktiv werden

**Reichtum besteuern! Gegen die Rente ab 67! Mehr Geld für Bildung! Raus aus Afghanistan! Hartz IV abwählen! Mindestlohn gerade jetzt! Das sind die Themen der LINKEN im Bundestagswahlkampf 2009. Die Neuköllner LINKEN wollen, dass darüber der Dialog geführt wird.**

**A**uf der Bezirksmitgliederversammlung haben sich die Neuköllner LINKEN über den Rahmen für den Wahlkampf verständigt. Jetzt wurde die Planung konkretisiert. Start wird am Sonnabend, dem 15. August sein, wenn bei einem bezirksweiten Aktionstag die Wahlplakate ins Stadtbild gebracht werden. Auf einer offenen Bezirksmitgliederversammlung am 21. August geht es um konkrete Absprachen für einzelne Aktionen im Wahlkampf. Zum Antikriegstag am 1. September, an dem sich in

diesem Jahr der Überfall auf Polen, und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal jährt, wollen wir dafür eintreten, dass Krieg nie wieder die Fortsetzung der Politik mit Militär sein darf. Ab 10. September werden wir täglich mit Informationsaktionen im Bezirk präsent sein. Höhepunkt werden die letzten 48 Stunden vor dem Wahltag am 27. September sein. Wir setzen uns für DIE LINKE ein, weil sie die einzige Partei ist, die einen Richtungswechsel will, eine soziale Alternative zum Kapitalismus.

## Einladung an alle, die für soziale Gerechtigkeit sind

**DIE LINKE.Neukölln bietet Dir die Möglichkeit, Dich gemeinsam mit vielen anderen Menschen für Deine Interessen einzusetzen.**

**G**emeinsam mit Dir wollen wir für zusätzliche und gute Arbeitsplätze kämpfen. Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro. Für einen Hartz-IV-Regelsatz von 500 Euro. Für eine Schule für alle Kinder, für armuts-

festen Renten und den Abzug der Truppen aus Afghanistan.

Für die LINKEN ist der Wahlkampf nicht nur eine kurze Kampagne, in der viel versprochen wird, was nach dem Wahltag schnell wieder vergessen wird. Denn wir wollen vor allem Menschen zusammenbringen, die sich gemeinsam dagegen wehren, dass die herrschende Politik die Kosten der aktuellen Wirtschaftskrise auf die Mehrheit der Bevölkerung ablädt. Menschen vor Profite – das ist unser Motto. Damit sich

diejenigen, die aktiv werden wollen, auch finden können, haben wir ein „Aktivierungsformular“ entwickelt. Ob Mitglied der Partei DIE LINKE, oder auch nicht, es kann helfen, um sich in der Nachbarschaft kennen zu lernen. Denn manchmal ist es so, dass nur wenige Häuser entfernt jemand wohnt, der ähnlich denkt und mit anderen gemeinsam etwas tun möchte. Deshalb unsere Einladung, schau Dir unser Angebot an und teile uns Deine Ideen und Vorschläge mit. Und dann: Lass' uns gemeinsam für soziale Gerechtigkeit aktiv werden.

● ● ● ● ● ● ● ● *Bitte einsenden an: DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax 030/613 59 19* ● ● ● ● ● ● ● ●

*Ja, ich möchte im Wahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Gerne können mich die Wahlkampf-Aktiv-Teams vor Ort oder auf Bundesebene über Wahlkampfaktivitäten informieren.*

Meine Ideen:

Vorname, Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon Festnetz:

Telefon Mobil:

E-Mail:

Beruf/Tätigkeit:

**Ich möchte:**

- beim Plakatieren helfen.
- Zeitungen in meiner Nachbarschaft verteilen, bitte schick mir: ..... Stück.
- bei großen Verteilaktionen helfen.
- alleine/mit anderen auf einem Wochenmarkt/auf öffentlichen Plätzen etc. für DIE LINKE Flugblätter/Zeitungen verteilen.
- bei Infoständen mitmachen
- vor einer (Berufs-)Schule/Hochschule Flugblätter/Zeitungen etc. verteilen.
- vor einem (Groß-)Betrieb in meiner Nachbarschaft oder in der Nähe meines Arbeitsplatzes Flugblätter/Zeitungen verteilen.

*Diese Angaben dienen der Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Wahlkampfbüro der LINKEN und den Aktiven vor Ort. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Dazu erkläre ich mit meiner Unterschrift mein Einverständnis.*

Datum, Ort:

Unterschrift

Ich habe Zeit:  immer  abends  früh morgens  
 (eher) am Wochenende  (eher) wochentags

# Gemeinsam gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus



Fotos: Neu-Köllnisch

**Rund 300 Menschen versammelten sich am 24. Juli vor dem Rathaus Neukölln, um das öffentliche Schweigen über den Mord an der Ägypterin Marwa El Sherbini zu brechen.**

Sie wurde im Landgericht Dresden von dem Angeklagten erstochen, den sie wegen rassistischer Beleidigung angezeigt hatte. Er hatte sie als „Terroristin“, „Islamistin“ und „Schlampe“ bezeichnet. Die arabischen Vereine hatten zu der Kundgebung aufgerufen, um gegen Islamfeindlichkeit zu protestieren und Marwa-El-Sherbini zu gedenken.



Die Anwesenden, darunter viele junge Frauen mit Kopftuch, trugen Transparente mit der Aufschrift: „Ein Mord im Landgericht, keiner redet, keiner spricht.“ und „Schluss mit der Diskrimi-

**„Das Problem ist, dass Vorurteile gegen Muslime in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Deswegen muss jegliche Form der Diskriminierung von Muslimen bekämpft werden - alltägliche Diskriminierungen wie die, gegen die sich Marwa El-Sherbini zur Wehr setzte, genauso wie Anti-Moscheen-Kampagnen. Das ist eine Aufgabe für jeden und jede von uns.“**

*Ruben Lehnert, DIE LINKE. Neukölln*

nierung“ und „Islam ist eine Religion - kein Sicherheitsrisiko“. Keiner wollte sich die Angriffe, Gewalt und Beleidigungen mehr bieten lassen, die Muslime in Deutschland seit dem 11. September ausgesetzt.

Die Moderatorin der Veranstaltung kritisierte Bundeskanzlerin Merkel und Innenminister Schäuble (beide CDU), die den Mord im Landgericht nicht eines politischen Wortes würdig fanden. Die Moderatorin empörte sich, dass Mer-

kel nicht einmal dem Ehemann ihr Beileid ausgesprochen hat, sondern die rassistische Tat bloß als diplomatisches Problem der deutsch-ägyptischen Beziehungen sah. Der Imam der Neuköllner Moschee in der Finowstraße, Ferid Heider, betonte in seiner Rede, dass Marwa ermordet wurde, weil sie Muslimin war und Kopftuch trug. Er brachte die ganze Trauer und Wut der Anwesenden über die alltägliche Islamfeindlichkeit, die Hetze der Medien und der konservativen Politiker zum Ausdruck.

DIE LINKE.Neukölln war mit Fahnen und Flugblättern auf der Kundgebung präsent. Ruben Lehnert, Direktkandidat der Neuköllner LINKEN zur Bundestagswahl, sagte, in Deutschland stünde die NPD an der Spitze der Islamhetze. Er rief die Anwesenden auf, gemeinsam zu verhindern, „dass sich bei uns in Neukölln die alten und neuen Nazis breit machen“. Lehnert sagte außerdem, dass „auch konservative Politiker, insbesondere von der CDU und der CSU, immer wieder versuchen, mit ausländerfeindlichen Kampagnen Stimmung zu machen“ und erinnerte an die fremdenfeindlichen Kampagnen der CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch und Jürgen Rüttgers an. Niemand dürfe sich dabei auf Herrschenden und ihre Medien verlassen, sagte der 30-Jährige: „Sie säen Vorurteile gegen den Islam, um ein Feindbild aufzubauen und so ihre Erdöl-Feldzüge im Nahen Osten zu rechtfertigen und unseren gemeinsamen Kampf gegen Arbeitsplatzabbau und Sozialkürzungen zu schwächen. Die Rede und die Flugblätter der LINKEN fanden guten Anklang.“

Gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus bleibt viel tun. Die Kundgebung war ein guter Anfang.

*Lucia Schnell*



# Die Flugzeuge kamen immer morgens ...

## Agent Orange Opfer in Vietnam und ihre Geschichten

### Eine Ausstellung in der Galerie Olga Benario

„Die Flugzeuge kamen immer morgens. Sie versprühten das Gift aus etwa 100 Metern Höhe. Viele von uns, die sich nicht gleich in Sicherheit bringen konnten, erbrachen Blut und starben nach kurzer Zeit,“ schildert ein vietnamesischer Augenzeuge die Versprühung des Giftes Agent Orange durch die US-Streitkräfte im Vietnamkrieg.

Noch heute sind über 3 Millionen Vietnamesen durch Agent Orange geschädigt und leiden unter Spät- und Langzeitfolgen des Giftes. Der Schatten des Krieges lastet schwer auf Vietnam und seinen Menschen. Er

verursacht unsägliches Leid und hindert viele Vietnamesen daran, sich aus der Armut zu befreien und ein Leben in Würde zu führen.

Der Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI) realisiert in Vietnam Projekte zur Überwindung der Kriegsfolgen und zur Unterstützung der Agent Orange Opfer. Die Fotos der Ausstellung in der Galerie Olga Benario geben Einblicke in die Lebenswelt der Kriegsgeschädigten. Sie ermöglichen eine Begegnung mit Menschen, denen die internationale Solidarität vieler gilt. Die Fotos dokumentieren, was in gemeinsamer Arbeit mit den vietnamesischen Partnern bisher geschaffen wurde.

Das Projekt wird gefördert durch die Landesstelle für Entwicklung und Zusammenarbeit, Aktion Mensch, Stiftung Umverteilen, InWent gGmbH aus Mitteln des BMZ.



Foto: SoDi / Warmuth

Die Ausstellung ist bis zum 22. August 2009 zu sehen in der Galerie Olga Benario

Montag bis Freitag von 10.00 bis 17.00 Uhr,  
Sonnabend von 14.00 bis 17 Uhr.  
Richardstraße 104, Berlin  
[www.galerie-olga-benario.de](http://www.galerie-olga-benario.de)  
Telefon: 030 - 680 59 387

Weitere Informationen:  
Solidaritätsdienst-international e.V.,  
Grevesmühlener Straße 16, Berlin  
[www.sodi.de](http://www.sodi.de),  
Telefon 030 - 928 60 47  
Spendenkonto: 10 20 100,  
BLZ: 100 205 00  
Kennwort: Agent Orange

## Crashkurs Kommune 1

Die Reihe „Crashkurs Kommune“ der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des VSA Verlages richtet sich an alle kommunalpolitischen Interessierten.

Die erste Publikation, die jetzt von Felicitas Weck vorgelegt wurde, möchte mit vielen Beispielen aus verschiedenen Themenbereichen (z.B. Sozialpolitik oder öffentliche Daseinsvorsorge), mit der Vermittlung von Hintergrundwissen und strategischen Tipps den Einstieg in die Kommunalpolitik erleichtern. Es kommen auch die Anforderungen an MandatsträgerInnen im Verhältnis zur Verwaltung, zu außerparlamentarischen Initiativen und zu Bürger/-innen zum Tragen. Neben einem theoretischen Input gibt es praktische Hinweise, wie linke Ansprüche für eine gerechte Gesellschaft in der realen Welt der Kommunalpolitik umgesetzt werden können.



Dieser Titel ist für 7,50 EUR bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erhältlich. Weitere Informationen: [www.kommunalakademie.rosalux.de](http://www.kommunalakademie.rosalux.de)

## Umsonst & draußen - Sommer-Konzerte im Körnerpark

Bis Ende August finden wieder die beliebten Konzerte vor der Galerie im Körnerpark statt.

Am 9. August ist das **Helmut Forsthoff Trio** mit einem Jazz-Konzert zu Gast.

Mit Cajun-Musik aus Louisiana entführt am 16. August die Gruppe **Colinda** mit Geige, Akkordeon und Gitarre in die Sumpfgebiete des Mississippi-Deltas.

Eine kammermusikalische Sommerträumeri steht am 23. August auf dem Programm. Die Gruppe **Arpeggiato** führt Werke von Bach, Vivaldi, Boccherini, Schubert, Piazzola, Johann Strauß Sohn, Nocchiari und Albioni auf.

Den Abschluss bildet das **Lotus-Ensemble** mit Musik und Liedern aus Vietnam.

Beginn der Sonntagskonzerte ist jeweils um 18.00 Uhr.

## Strohballenrollen am Richardplatz

Die Künstlerkolonie Rixdorf hat eine Tradition wieder aufleben lassen und lädt alle Kulturen und Generationen zum Wettkampf mit anschließender Musik und Tanz.

Das Strohballenrollen geht bis ins Jahr 1737 zurück, als die böhmischen Kolonisten die ihnen zugewiesenen Höfe übernahmen. Das Zusammenleben mit den deutschen Rixdorfern war nicht immer konfliktfrei. Die Überlieferung sagt, dass der böhmische und der deutsche Dorfschulze für die Rixdorfer Jugend einen Wettstreit vereinbarten: Strohballenrollen „popráci“ - „Wenn die Arbeit getan ist, oder aber auch: „Feierabend“. „Wir müssen unserer Dorfjugend die Möglichkeit geben sich zu messen, ohne dass es gebrochene Beine und Rippen gibt.“ Am 12. September startet das Strohballenrollen um 14.00 Uhr zum 177. Mal. Also, vormerken und mitmachen!



**POPRÁCI -  
Das Rixdorfer  
Strohballenrollen**

**12. Sept. 2009  
14:00 Uhr**

**am Richardplatz**

**Wir laden Sie ein zu  
Popráci - Feierabend!  
In Rixdorf ist wieder  
Strohballenrollen.  
Rollen Sie mit und  
feiern Sie mit uns.**

### Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

**Herausgeber:** DIE LINKE, Landesverband Berlin  
Auflage dieser Ausgabe: 3.000 Exemplare

**V.i.S.d.P.:** Klaus-Dieter Heiser

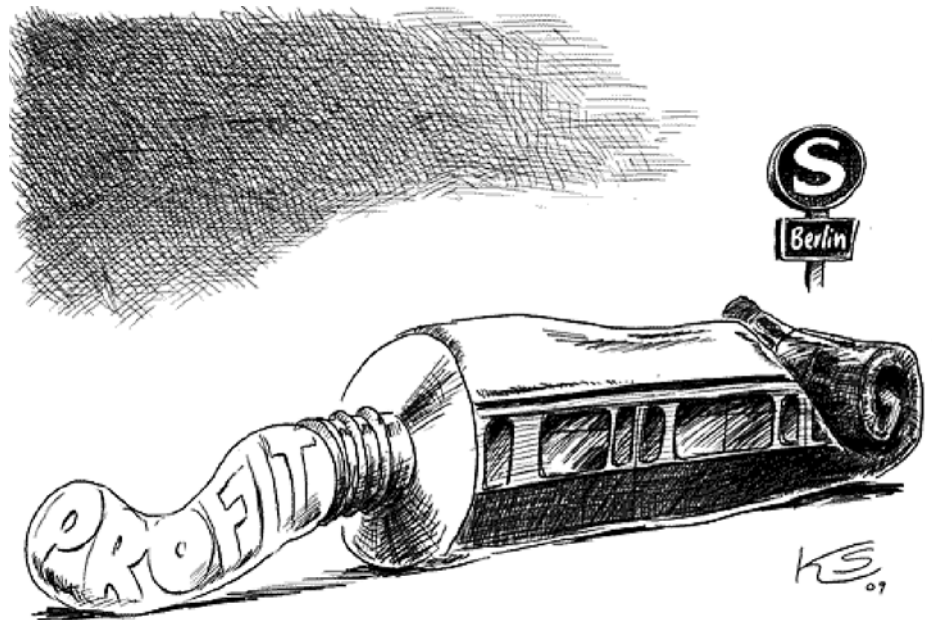
**Kontaktadresse:** DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

**Redaktionsschluss:** 5. August 2009

**Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum  
25. August 2009**

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · 6/ 2009 - AUGUST



Karikatur: Klaus-Stuttmann

### Termine DIE LINKE Neukölln

#### Bezirks-Mitgliederversammlung der Neuköllner LINKEN

**Freitag, 21.8.2009, 18.00 Uhr**

1. Bundestagswahlkampf
2. Anti-Atom-Politik am 5.9.
3. Anträge

Rathaus Neukölln, Köln-Zimmer im 1. Stock

#### Aktionstag

**Sonnabend, 15.8.2009, 10.00 Uhr**

„DIE LINKE ins Neuköllner Stadtbild“ -  
Wir hängen gemeinsam die Wahlplakate auf.  
**Treffen im Zentrum am Richardplatz 16  
mit gemeinsamem Frühstück**

#### Wahlkampf-Workshop

**Sonnabend, 22.8.2009,  
11.00 bis 15.00 Uhr im Zentrum der  
LINKEN am Richardplatz 16**

#### Antikriegstag 2009

**Dienstag, 1.9.2009, 18.00 Uhr  
Veranstaltung der Neuköllner LINKEN.**

**Antikriegskampf 1939 und 2009.**  
Erinnern an die Widerstandsgruppe Neuköllner  
Jugendlicher um Heinz Kapelle - aktiv gegen  
Kriege heute.

**Ort wird noch bekannt gegeben.**

#### Bezirksvorstand

*Der Bezirksvorstand tagt jeden zweiten  
Donnerstag parteiöffentlich in den Räumen  
der Geschäftsstelle am Richardplatz 16.*

**Donnerstag, 20.8.2009, 19.00 Uhr  
Donnerstag, 3.9.2009, 19.00 Uhr**

#### WahlTeam Neukölln

**Dienstag, 11.8.2009, 19.00 Uhr  
Dienstag, 25.8.2009, 19.00 Uhr  
Dienstag, 8.9.2009, 19.00 Uhr  
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16**

#### BO Hermannstraße

**Mittwoch, 12.8.2009, 19.00 Uhr  
Grillfest der Basisorganisation  
Ort wird noch bekannt gegeben.**

#### BO Reuterkietz

**Dienstag, 11.8.2009, 19.00 Uhr  
beim Griechen „Odysseus“, Friedelstr. 37  
Themen: Bad-Banks - wer soll das bezahlen?;  
Überblick: Wahlumfragen; Planung Aktivitäten**

**Dienstag, 25.8.2009, 19.00 Uhr  
Versammlung in den Räumen des Vereins  
iranischer Flüchtlinge e.V., Reuterstraße 52  
Thema: Das 100 Mrd. Konjunkturprogramm  
der LINKEN - wie soll es finanziert werden und  
wofür ist es gut?**

#### Info-Stände:

**Dienstag, 11.8.2009, 17.30 Uhr,  
Freitag, 28.9.2009, 17.30 Uhr  
jeweils am Maybachufer**

#### BO Rixdorf

**Donnerstag, 13.8.2009, 19.00 Uhr  
Donnerstag, 27.8.2009, 19.00 Uhr  
Thema: Atompolitik in Deutschland  
Versammlung der Basisorganisation im  
Zentrum der LINKEN, Richardplatz 16**

#### BO Süd

**Dienstag, 18.8.2009, 18.00 Uhr  
Thema: Rentenpolitik - können wir Altersarmut  
verhindern?**

**Dienstag, 1.9.2009, 18.00 Uhr  
Thema: Steuerpolitik - Reichtum umverteilen,  
um Armut zu verhindern**

**Versammlung der Basisorganisation im  
Gemeinschaftshaus am Bat-Yam-Platz 1,  
Clubraum II**

#### Info-Stände auf dem Bat-Yam-Platz:

**Dienstag, 11.8.2009, 18.00 Uhr  
Sonntag, 16.8.2009, 9.00 bis 12.00 Uhr  
Dienstag, 25.8.2009, 18.00 Uhr  
Sonntag, 30.8.2009, 9.00 bis 12.00 Uhr  
Dienstag, 8.9.2009, 18.00 Uhr**

#### Info-Stand auf dem Flohmarkt am Edeka- Markt in Rudow:

**Sonntag, 23.8.2009, 9.00 bis 12.00 Uhr  
Sonntag, 26.9.2009, 9.00 bis 12.00 Uhr**

#### BO Demokratische Linke

**Montag, den 17.8.2009, 18.00 Uhr  
BO-Sitzung in der Geschäftsstelle am  
Richardplatz 16**

**Termine von Info-Ständen der Neuköllner  
LINKEN und weitere aktuelle Termine:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)**